



BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell in Marburg-Wehrda

Oberhessische Presse vom 18.9.2008

LESERBRIEF

Politiker hätten Mut und Zivilcourage gebraucht

Zu unserem Artikel über den Protest von Prostituierten in der Stadtverordnetenversammlung vom 29. August:

Mehr als 20 Prostituierte haben maskiert und mit hoch gehaltenen Plakaten eine andert-halb-stündige Unterbrechung der Marburger Stadtverordneten-sitzung bewirkt. Ihr Protest richtete sich gegen die für Marburg neu beschlossene „Steuer auf Vergnügungen besonderer Art“. Die Marburger Bürgerinitiative gegen Bordelle fragt: Jede/r Stadtverordnete weiß, dass Transparente und Vermummungen bei Stadtverordneten-sitzungen nicht erlaubt sind. Warum hat Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer trotz dieser klaren Sachlage die maskierten Prostituierten nicht sofort aus dem Sitzungsraum gewiesen? Oberbürgermeister Egon Vaupel hatte nach eigener Aussage gerüchteweise von möglichen Protesten gehört. Warum hat er seinen Parteifreund Löwer (SPD) nicht informiert?

Der OB betonte gegenüber der Oberhessischen Presse, dass Laufhäuser von der neuen Steuer nicht betroffen seien. In anderen hessischen Städten, in denen diese Abgabe seit Jahren erhoben wird, werden sehr wohl auch Bordelle erfasst. Warum also wird das Marburger Laufhaus ausgenommen? In Laufhäusern wird in geradezu industrialisierter Form Prostitution angeboten.

Die neu beschlossene Steuer wird von den Betreibern der „Vergnügungen besonderer Art“, also auch von Bordellbe-

treibern, eingefordert. Diese fahren durch die gnadenlose Ausbeutung der „Ware Frau“ horrenden Gewinne ein. Dennoch wollen sie die neue Steuer auf die in ihren Etablissements arbeitenden Frauen umlegen.

Warum haben die politischen Verantwortungsträger der Stadt Marburg, die so „verständnisvoll“ auf die protestierenden Prostituierten eingegangen sind, nicht laut und deutlich mit den anwesenden und ihnen bekannten Bordellbetreibern diskutiert? Warum hat man die Vertreterin der Frankfurter Organisation Donna Carmen nicht darauf hingewiesen, dass der von ihr organisierte Protest sich gegen die Bordellbetreiber richten müsste, nicht gegen die Stadt Marburg? Hat man die auf der Hand liegende Instrumentalisierung der Prostituierten für die Interessen der Bordellbetreiber wirklich nicht erkannt?

Wir stellen fest: Eine richtige Verhaltensweise für politische Verantwortungsträger wäre gewesen, unmissverständlich und öffentlich den anwesenden Bordellbetreibern zuzurufen, dass sie sich schämen sollten, die neu erhobene Steuer an die Prostituierten weiterzugeben – und dann die protestierenden Frauen freundlich mit dem Hinweis auf die Rechtslage zum Verlassen des Sitzungssaales aufzufordern. Dazu allerdings hätten die politischen Entscheidungsträger Entschlossenheit, Mut und Zivilcourage gebraucht.

(für die Bürgerinitiativen gegen Bordelle).

Politiker hätten Mut und Zivilcourage gebraucht

Zu unserem Artikel über den Protest von Prostituierten in der Stadtverordnetenversammlung vom 29. August:

Mehr als 20 Prostituierte haben maskiert und mit hoch gehaltenen Plakaten eine andert-halbstündige Unterbrechung der Marburger Stadtverordnetensitzung bewirkt. Ihr Protest richtete sich gegen die für Marburg neu beschlossene „Steuer auf Vergnügungen besonderer Art“. Die Marburger Bürgerinitiative gegen Bordelle fragt: Jede/r Stadtverordnete weiß, dass Transparente und Vermummungen bei Stadtverordnetensitzungen nicht erlaubt sind. Warum hat Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer trotz dieser klaren Sachlage die maskierten Prostituierten nicht sofort aus dem Sitzungsraum gewiesen? Oberbürgermeister Egon Vau-pel hatte nach eigener Aussage gerüchteweise von möglichen Protesten gehört. Warum hat er seinen Parteifreund Löwer (SPD) nicht informiert?

Der OB betonte gegenüber der Oberhessischen Presse, dass Laufhäuser von der neuen Steuer nicht betroffen seien. In anderen hessischen Städten, in denen diese Abgabe seit Jahren erhoben wird, werden sehr wohl auch Bordelle erfasst. Warum also wird das Marburger Laufhaus ausgenommen? In Laufhäusern wird in geradezu industrialisierter Form Prostitution angeboten.

Die neu beschlossene Steuer wird von den Betreibern der „Vergnügungen besonderer Art“, also auch von Bordellbe-

treibern, eingefordert. Diese fahren durch die gnadenlose Ausbeutung der „Ware Frau“ horrenden Gewinne ein. Dennoch wollen sie die neue Steuer auf die in ihren Etablissements arbeitenden Frauen umlegen.

Warum haben die politischen Verantwortungsträger der Stadt Marburg, die so „verständnisvoll“ auf die protestierenden Prostituierten eingegangen sind, nicht laut und deutlich mit den anwesenden und ihnen bekannten Bordellbetreibern diskutiert? Warum hat man die Vertreterin der Frankfurter Organisation Donna Carmen nicht darauf hingewiesen, dass der von ihr organisierte Protest sich gegen die Bordellbetreiber richten müsste, nicht gegen die Stadt Marburg? Hat man die auf der Hand liegende Instrumentalisierung der Prostituierten für die Interessen der Bordellbetreiber wirklich nicht erkannt?

Wir stellen fest: Eine richtige Verhaltensweise für politische Verantwortungsträger wäre gewesen, unmissverständlich und öffentlich den anwesenden Bordellbetreibern zuzurufen, dass sie sich schämen sollten, die neu erhobene Steuer an die Prostituierten weiterzugeben – und dann die protestierenden Frauen freundlich mit dem Hinweis auf die Rechtslage zum Verlassen des Sitzungssaales aufzufordern. Dazu allerdings hätten die politischen Entscheidungsträger Entschlossenheit, Mut und Zivilcourage gebraucht.

(für
die Bürgerinitiativen gegen
Bordelle).